

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

46 (24.2.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippten Millimeterzeile kostet 12 Dinare, Gegenüber-
empfangen und Stielungelände 8 Dinare. Die Resten-Millimeter-
zeile 80 Dinare o. Bei Mehrzeilen Rabatt nach Text, bei Nichtenthalten des
Zeichens, bei geschäftlicher Betreibung und bei Resten nach Text mit o. Erläuterung
und Veranschaulichung 10 Dinare L. D. o. Schluss der Anzeigen-Entscheidung 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Aufbekernde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erhalten 6mal wöchentlich
ermittelt 11 Uhr o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
her Str. 2, Wollstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Telefunken-Station: Dursch, Haupt-
straße 9, D. Baden, Telegraphenamt 12, Kallhof, Kallhofstr. 7, Offenburg, Republikstr. 4

Nummer 46

Karlsruhe, Dienstag, den 24. Februar 1931

51. Jahrgang

Hitler kommandiert Polizei

Wie lange wird Franzens Regime in Braunschweig noch gestiftet?

Ein unmöglicher Vorgang

Ein ungeheurer Vorfall, der die bekannte Affäre Franzens auf der Berliner Polizeiwache noch in den Schatten stellt, hat sich am Sonntag in Braunschweig anlässlich der Nazi-Tagung abgespielt. Ein Oberwachmeister der Braunschweiger Schutzpolizei wurde auf der Straße von zwei verletzten Männern angegriffen, die Namen von SA-Führern zeigten, die die beiden am Boden liegenden ohne Grund überfallen und blutig geschlagen hätten.

Der Polizeibeamte kam, wie es seine Pflicht war, dieser Aufforderung nach und begab sich vor das Böhlenhotel, das Hauptquartier der Nazi, wo auch Hitler abgeblieben war. Hier wurde er von einem SA-Führer mit den Worten angehalten: „Die Polizei hat hier nichts zu sagen.“ Die SA griff dann an und schlug erneut auf das umstehende Publikum los.

Der Wachmeister schützte die beiden Verletzten, die sich unter seinen Schutz gestellt hatten und zog dabei auch seinen Säbel, wurde aber gewaltig daran gehindert, seine Waffe zu gebrauchen. Jetzt erschien Hitler selbst in der Hotelkür und er rief zu seinen SA-Leuten: „Stellen Sie den Namen des Polizeibeamten fest; alles weitere wird sich finden.“

Der Polizeibeamte ging dann zur Schutzpolizei. Raum war er dort, erlitten der Polizeiminister Franzens persönlich und unterwarf dem Polizeiwachmeister die weitere Ausübung des Dienstes. Außerdem ordnete Franzens in seiner Eigenschaft als Polizeiminister an, daß der betreffende Beamte die Kasernen nicht verlassen dürfe. Diese Anordnung blieb bis Montag in Kraft.

Der Polizeiminister Franzens hatte also einen Polizeibeamten, der nur gemäß seiner Dienstvorschriften handelte, die weitere Dienstausübung untersagt und hat dabei die Angehörigen der SA, gegen die der Polizeibeamte einschreiten mußte, gebildet und die schuldigen SA-Leute der Bestrafung entzogen.

Ein derartiges Verhalten dürfte in Deutschland wohl einzig dastehen.

es bei einem Zimmeressen, der beim Umzug einen Sturm machte. Ihm wurde von einem SA-Führer Salzsäure ins Gesicht geschüttet. Wahrscheinlich wird der Schwerverletzte erblinden. Dem feigen Missetäter wurde zum Schutz seiner Wohnung von Franzens eine Polizeiwache gestellt. In der Arbeiterstraße Nr. 10 kam es zu einem regelrechten Geleitz zwischen prozessierenden SA-Leuten und Anwohnern. Die Nazis schloßen sich, wurden aber zurückgeschlagen und schafften drei Schwerverletzte fort.

Naziüberfall auf Stuttgarter Reichsbanner

Brutaler Terrorakt

Stuttgart, 23. Febr. (Eig. Meldung.) Der gestern berichtete Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, der in der Nacht zum Sonntag in Stuttgart in der Hauptstätterstraße stattfand, hat sich als ein ganz planmäßiger und vorbereiteter Überfall herausgestellt, den die SA-Führer von ihrem in dieser Straße belegenen Verkehrslokal aus auf eine Truppe Reichsbannerleute unternommen haben, die von einer Veranstaltung des republikanischen Studentenbundes kamen und in aller Ruhe nach Hause gingen. Die Schwäbische Tagwacht gibt von dem Vorgehen folgenden Bericht:

Die Reichsbannerabteilung, etwa 50 Mann, die zum Schutz der erwähnten Veranstaltung aufgezogen war, blieb vollkommen unbehelligt, solange sie geschloßen beisammen war. Nachdem sich die Abteilung auflöste und die Kameraden in einzelnen kleinen Truppen ihren Wohnungen zutrieben, wurde ein kleiner Trupp bei der Tankstelle in der Hauptstätterstraße plötzlich von einer großen Uebermacht Braunbären, die aus ihrem Lokal „Sauptstätterhof“ herauskamen, überfallen und mit Werdwaffen aller Art mißhandelt. Ein Reichsbannermann wurde durch Stiche so schwer verletzt, daß er auf dem Platze blieb.

Die durch die Silberkule aus einem nahegelegenen Lokal herbeigerufenen Kameraden wurden von den von drei Seiten anrückenden Nazis einzeln überfallen und zu Boden geschlagen. Ein am Boden Liegender wurde von den Nazis in den Rücken und in den Hinterkopf gestochen, trotzdem er zur Gegenwehr unfähig war. Inzwischen wurde von Reichsbannerseite wie auch einigen privaten Stellen das Ueberfallkommando alarmiert, das mit reichlicher Verstärkung eintraf. Sofort wurde dann das Verkehrslokal der Nazis abgeriegelt, eine Durchsuchung nach Waffen vorgenommen, die ein überraschendes Ergebnis zeitigte.

Eine Unmenge von Hieb- und Stichwaffen wurden den Nazis abgenommen. Insbesondere waren es zahlreiche Kabelaenden und Farrenschwänze, die man sich zur Bearbeitung des Gegners zurechtgelegt hatte.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Württembergischen Landtags hat diesen Vorgang zum Gegenstand einer großen Anfrage an den Staatspräsidenten und Innenminister Wols gemacht, in der ge fragt wird, „ob er willens und in der Lage ist, dem gefährlichen Treiben der Nationalsozialisten alsbald Einhalt zu gebieten, oder ob nach Lage der Verhältnisse Abhilfe nur durch eine nachdrückliche Selbsthilfe geschaffen werden kann.“

Scharfmacherhoffnungen auf Arbeitslose

Duisburg-Meiderich soll Exempel für weitere Lohnkürzungen sein

Das Unternehmertum geht immer kühner gegen die Tariffrent der Gewerkschaften vor. Auf seinen Tagungen und in seiner Presse wird für eine „elastischere“ Gestaltung des Tarifsystems“ scharf Stimmung gemacht und die „Ueberwindung der Lohnstarre“ als Gebot der Stunde hingestellt. Den Gewerkschaften wird unfruchtbare Prinzipienreiterei vorgeworfen.

Also die Gewerkschaften sind an unserm ganzen Glend schuld. Würden sie nicht stur und starr an dem Tariflohn festhalten, an der Aufrechterhaltung der Tarifverträge, dann würde sich alles, alles wenden. Gegen diese bössartige Behauptung kann nicht rechtzeitig und nicht energisch genug Front gemacht werden; denn der deutsche Spießer — seine Masendummheit ist, wie die Hitlerei zeigt, eine Macht — schimpft und tobt ja bereits seit langer Zeit in allen politischen Versammlungen und Unterhaltungen gegen die Gewerkschaftsbözen, die mit ihrem blöden Achtstundentag, mit der Sozialversicherung und mit den hohen Tariflöhnen dem Arbeitgeber es unmöglich machen, sich mit seinem Personal zu verständigen und mehr Leute einzustellen.

Deutschland soll von der Lohnstarre befreit werden? Wenn wir uns recht erinnern, wird schon seit Monaten unaufhörlich der Lohn abgebaut. Der bisherige Abbau ist den Unternehmern nicht groß genug. Der Appetit wächst beim Essen. Nach 6 Prozent Abbau verlangen sie jetzt 20 Prozent, weil sie sich in den Kopf geholt haben, die Wirtschaft einzeln und allein auf dem Weg des Lohnabbaus zu lösen, was natürlich — keine fixe Idee ist. Die Unternehmer rufen nach Aufhebung der Tarifverträge. Sie waren es aber, die selbst die Arbeitsgerichte scharf gemacht haben, um jeden Eingriff in einen Tarifvertrag unmöglich zu machen. Sie selbst haben vor Jahresfrist noch möglich großen Lauffrühen beim Abschluß der Tarife gerufen, weil nur so auf weite Sicht hin kalkuliert werden könne. Jetzt soll das alles wieder plötzlich nicht gelten, weil es einen radikalen, plötzlichen Lohnabbau erschwert. Duisburg-Meiderich soll Exempel für die Lohnabbau-offensive sein.

Der Kampf um die Hütte Ruhrort-Meiderich, der seit Wochen zwischen den Vereinigten Stahlwerken und den Gewerkschaften geführt wurde, ist so gut wie entschieden. Die Aktion des Duisburger Oberbürgermeisters Dr. Jarres zur Fortführung des Betriebs bei einer Lohnkürzung von 20 Prozent war ergebnislos.

Arbeit Nord-West und die Vereinigten Stahlwerke haben sich trotz des Ergebnisses der von Dr. Jarres durchgeführten Umfrage an die Gesamtbelegschaft der Hütte Ruhrort-Meiderich nicht entschließen können, den Betrieb fortzuführen. Sie haben eingesehen, daß ihnen zunächst ein Rechtsstreit wegen Tarifbruch mit den Gewerkschaften blüht und daß ihnen in diesem Rechtsstreit eine Niederlage sicher wäre. Ferner war sich die Werksleitung der Hütte darüber im Klaren, daß die Arbeitswilligen, die sich auf die Umfrage von Dr. Jarres hin gemeldet haben, noch lange keine wirklich brauchbare Belegschaft darstellen; denn sie rekrutieren sich in erster Linie aus den Arbeitslosen, zum Teil aus Leuten, die schon lange Zeit nicht mehr im Betrieb sind, aus Hilfskräften und sogar aus werksfremden Elementen. Die Fortführung des Betriebs mit einer solch bunt zusammengewürfelten Belegschaft hätte große Schwierigkeiten mit sich gebracht. Es hätte geraume Zeit gedauert, bis die Schwierigkeiten behoben gewesen wären, vielleicht so lange, bis schließlich die Stilllegung doch gekommen wäre.

Unter diesen Umständen haben sich die Vereinigten Stahlwerke entschlossen, den Kampf um die Fortführung des Werks lieber aufzugeben. Das fiel ihnen umso leichter, als es ihnen ja von Anfang weniger darum zu tun war, die Stilllegung wirklich zu vermeiden. Sinn und Zweck ihrer ganzen Aktion war die Eröffnung des Angriffs auf die Tariffrent der Gewerkschaften, die Festlegung der neuen Lohnabbauparole von 20 Prozent. Der Deutsche Metallarbeiterverband sollte in diesem Kampf aus dem Sattel gehoben werden. Der gesamten Öffentlichkeit wollte die Schwerindustrie zeigen, daß die Arbeiterschaft auf gewerkschaftliche Grundzüge nichts gibt und um jeden Preis Arbeit anzunehmen bereit ist.

Dieser Angriff der Schwerindustrie gegen die Gewerkschaften ist — das kann man jetzt feststellen — nicht geglikt. Die Belegschaft der Hütte hat sich bis zum Schluß geweigert, eine 20prozentige Lohnkürzung kampflos im Kauf zu nehmen. All das Gerede der Unternehmerpresse über Beeinflussung der Belegschaft durch die Gewerkschaften ist lächerlich; denn diese Beeinflussung war das gute Recht der Gewerkschaften und schließlich hat es ja auch die Werksleitung nicht an Beeinflussung und Druck bei den Abstimmungen fehlen lassen.

Wenn sich die Mehrzahl der Arbeitswilligen um jeden Preis aus der Zahl der Arbeitslosen der Gesamtbelegschaft rekrutiert, so kann das niemand wunder nehmen. Damit haben sich schließlich auch von allem Anfang an die Vereinigten Stahlwerke gerechnet; denn der große Plan des Unternehmertums ist: mit Hilfe der Reservearmee der Arbeitslosen die Gewerkschaften im Rück-

Kellnerrat gegen neue Nazidiätenmanöver

Der Kellnerrat des Reichstags hielt vor der Plenarverhandlung eine Sitzung ab, an welcher auch der Vorsitzende der deutschen nationalen Fraktion, Dr. Oberfohren teilnahm.

Der Kellnerrat beschäftigte sich mit dem Ersuchen des Abg. Stöhr, die Diätenfrage der NSDAP im Plenum in Erwägung dieser Partei zu verhandeln und dabei die 107 nationalsozialistischen Stimmen ihrer Abwesenheit als für die Diätenanträge abzugeben anzusehen und mitzuzählen. Der Kellnerrat schloß sich der Meinung des Reichstagspräsidenten an, daß die Mitzählung abwesender Stimmen nicht möglich sei und daß die Antragsteller dafür sorgen müßten, daß ihre Anträge auf die Tagesordnung gesetzt würden.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die jegige Regelung der Diäten im Plenum des Reichstags ohne den Widerspruch der Nationalsozialisten nicht beschloßen sei. Es wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Nationalsozialisten, als sie ihren Austritt aus den Verhandlungen erklärten, versichert hatten, daß sie ein Gesetz, das dieser Reichstag annehme, für rechtsverbindlich halten würden, und es wurde eigentümlich angelehnt, daß die Nationalsozialisten das Verlangen nehmen solle, daß der Reichstag von ihnen beantragte Gesetze an-nehmen solle, die sie selber nicht als rechtsverbindlich betrachten.

Reichsregierung verlangt Agrarermächtigung

Berlin, 23. Febr. Wie wir erfahren, hat sich das Reichskabinett in seiner heutigen Abend Sitzung, in der es nach der amtlichen Mitteilung die agrarpolitischen Erörterungen abschloß, dazu vereinigt, daß es vom Reichstag die Generalermächtigung verlangt, alle zur Förderung der Wirtschaft notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Rückkehr zur Vernunft

Sozialdemokratie wächst, Nazis nehmen ab

Die Wahlen in Treuberg (Sachsen) brachten ein Anwachsen der sozialdemokratischen und der kommunistischen und einen Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen gegenüber den Reichstagswahlen am 14. September 1928. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 74 Prozent erhielten die Sozialdemokraten 568 Stimmen (Septemberwahl 503 Stimmen), die neuaufgestellte Liste Ball erhielt 179, die Nationalsozialisten 667 (1011), die Kommunisten 360 (303), die Wirtschaftspartei 189 (125), der neugebildete Bürgerblock 169, die neugebildete Sonderliste 113 und die neue Liste der Beamten und Angestellten 458 Stimmen.

Internationale Landwirtschaftskonferenz

Paris, 23. Febr. Die Landwirtschaftskreditkonferenz der europäischen Mittelmeerstaaten des Völkerbundes ist heute vormittag im französischen Außenministerium unter Vorsitz des Außenministers Briand eröffnet worden. Briand führte u. a. aus: Die Gewähr für den Erfolg der Verhandlungen liegt in der Konsolidierung des Friedens in diesen Teilen Europas, den man vor den politischen und sozialen Rückwirkungen einer Wirtschaftskrise schützen müsse. Die Regierungen müßten jetzt eine wirkliche Geste der Solidarität machen und tatsächlich eine Aktion unternehmen.

Demonstrationsverbot in Dresden und Leipzig
Für die Zeit vom 24. Februar bis zunächst zum 3. März er. sind vom Polizeipräsidenten alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in Leipzig und Dresden verboten worden.

Hauptmann von Maltitz aus Tirol ausgewiesen
Jansbrunn, 23. Febr. Die biesige Polizei hat gegen Hauptmann a. D. von Maltitz einen Ausweisungsbefehl erlassen.

Nazigruppe schwenkt zur KPD.
Dresden, 23. Febr. (Eig. Bericht.) Die Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Partei in Maltitz bei Döbnitz ist geschlossen zur KPD übergetreten.

ten zu packen. Zweifellos liegt hier für die Gewerkschaften eine große Gefahr. Der Arbeitslose, von Hunger gepeinig und seelisch zermürbt, greift zu jeder Arbeit. Ihm ist schwer klar zu machen, daß er als Lohnbrücker seine Arbeitskollegen und sich selbst schädigt; denn er will, koste es, was es wolle, zunächst einmal wieder aus dem Arbeitslosenstand, und wenn auch nur vielleicht für einige Monate, heraus. Die Not des Arbeitslosen ist ohne Zweifel ein Bundesgenosse der Schatzmacher; aber es fragt sich doch sehr, ob die Rechnung des Unternehmertums, mit Hilfe der Arbeitslosen die Stellung der Gewerkschaften zu brechen, wirklich stimmt. Wenn das Unternehmertum nicht nur in einem Einzelfall, wie z. B. in Ruhrort-Meiderich, sondern auf der ganzen Linie Miene machen sollte, mit Hilfe von Abkümmlingen die Arbeitslosen gegen die Arbeitenden und gegen die Gewerkschaften aufzuputtschen, dann dürfte sich doch — dessen sind wir ganz gewiß — sehr schnell zeigen, daß die Arbeitslosen und Arbeitenden in Deutschland eine gemeinsame Front bilden, wenn es gilt, einen Generalangriff des Unternehmertums auf die Stellung der Gewerkschaften abzuwehren.

Duisburger Stadtverordnetenversammlung mißbilligt Vorgehen Dr. Jarres

WTB. Duisburg, 24. Febr. Am Schluß der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Stilllegung der Hütte Ruhrort-Meiderich stand, wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der dem Oberbürgermeister die Mißbilligung ausspricht, mit den Stimmen der Antragsteller, der Kommunisten und einigen Splitterstimmen angenommen.

Das Bergwerksglück von Eschweiler

Eschweiler, 23. Febr. Der Unfallausschuß der Grubenberufskommission stellte fest, daß das Unglück auf der Grube Eschweiler in wesentlichen auf eine Kohlenstaubexplosion zurückzuführen ist. Die etwaige Mitwirkung von Schlagwettern bedarf noch weiterer Prüfung.

Die Trauerfeier findet am Dienstag vormittags statt. Den Hinterbliebenen der bei der Eschweiler Bergwerkskatastrophe tödlich verunglückten Bergleute wurden je 250 Mark als erste Hilfe aus dem Bergmannsfonds zur sofortigen Auszahlung überwiesen.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat eine große Anfrage zum Grubenunglück im hiesigen Steinkohlenrevier eingebracht, in der es u. a. heißt: Das hiesige Steinkohlenrevier ist wiederum von einem großen Grubenunglück heimgesucht worden. Wir fragen das Staatsministerium: 1. Ist es in der Lage mitzuteilen, ob die Explosion durch Entzündung von Schlagwettern oder durch Kohlenstaub erfolgt ist? 2. Was bedeutet das Staatsministerium zu tun, um solche Katastrophen in Zukunft unmöglich zu machen? 3. Ist das Staatsministerium bereit, eine Hilfsaktion für die von dem Unglück Betroffenen in die Wege zu setzen.

Zurücknahme der Beschuldigungen über Sattel-Bestellungen der Reichswehr

Berlin, 23. Febr. Im Prozeß gegen den Kaufmann Beder und den Chefredakteur Zuder vom Aftuhrenblatt wegen der Beschuldigungen gegen die Beamten des Reichswehrministeriums gab der Angeklagte Beder die Erklärung ab, daß er seine Vorwürfe gegen Beamte und Offiziere der Heeresverwaltung nicht aufrechterhalten könne und sie demnach zurücknehme. Der Redakteur Zuder schloß sich dieser Erklärung an. Es handelt sich bei diesem Prozeß um die Frage, ob das Reichswehrministerium 50 000 Sättel abgenommen habe, die sich nachher als unbrauchbar erwiesen und weiter um die Frage, ob bei diesen Bestellungen Schiebsbäume vorgekommen seien.

Die Revolutionswirren in Peru

New York, 23. Febr. (Eig. Drabt.) Die revolutionäre Situation in Peru ist infolge der scharfen Zensur nicht zu übersehen. Unbefriedigte Gerichte behaupten, daß der gesamte Süden des Landes in den Händen der Aufständischen ist, während sich nach den Erklärungen der Regierung die Aufstandsbewegung auf Arica beschränkt.

Sozialistenpaltung in Spanien

Wegen der Parlamentswahlen — Mehrheit gegen Teilnahme Madrid, 23. Febr. (Eigenber.) Die spanische sozialistische Partei und die sozialistischen Gewerkschaften haben am Sonntag in Madrid auf einer außerordentlichen Tagung beschlossen, trotz der Bildung der neuen Regierung an den Wahlen für das Parlament nicht teilzunehmen. Dagegen wird sich die sozialistische Partei an den Kommunal- und Provinzialwahlen beteiligen, da diese einen rein verwaltungsmäßigen Charakter hätten. Die Entscheidung ist nicht von der gesamten sozialistischen Partei angenommen worden. Mehrere Mitglieder des Vorstandes, darunter Basteira und fünf seiner Gefolgsleute, sind aus der Partei ausgeschieden. Sie verlangen, daß die sozialistische Partei schon um der innerpolitischen Prospektive willen sich unbedingte auch an den Parlamentswahlen beteiligen müsse. Das offizielle Kommuniqué über die Tagung erklärt zum Austritt der Opponenten aus der Partei, es bestehe die Hoffnung, daß die ausgeschiedenen Mitglieder sich später der Partei wieder anschließen würden.

Englisches Kampfflugzeug mit 6 Maschinengewehren

Die englischen Luftstreitkräfte sind um einen neuen Typ von Kampfflugzeugen reicher geworden. Es handelt sich um einen Einflügel, der mit nicht weniger als 6 Maschinengewehren ausgestattet ist, die gleichzeitig vom Piloten bedient werden können.

Zeitungsverbot in Stuttgart

Das Stuttgarter kommunistische Organ, die Süddeutsche Arbeiterzeitung, ist heute beschlagnahmt worden. Die Maßnahme ist auf Grund eines Artikels erfolgt, der sich mit der Verhaftung des Arztes Dr. Friedrich Wolf beschäftigt und Demonstrationen, sowie Entfaltungen in dieser Sache in Aussicht stellte.

Staatssekretär a. D. v. Capelle gestorben

Der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral Ed. v. Capelle, ist in Wiesbaden im Alter von 75 Jahren an Herzschlag verstorben. Er lebte in den letzten Jahren aus Gesundheitsrücksichten hauptsächlich in Baden-Baden und zuletzt in Wiesbaden.

Waffenfund

In St. Goar wurden bei einem Stahlhelmann namens Gustav Müdersbach, der außerhalb des Ortes eine Tankstelle unterhält, 10 Gewehre und Karabiner und etwa 1000 Schuß Munition beschlagnahmt.

Hg. Dr. Wendthausen nicht Nationalsozialist?

Die Behauptung, daß der bisherige Landvolksgewerkschaftsleiter Dr. Wendthausen sich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angeschlossen habe, wird als falsch bezeichnet.

Vielseitige Reichstagsitzung

Berlin, 23. Febr. (Eig. Drabt.) Zu Beginn der Reichstagsitzung am Montag gedachte der Reichstagspräsident Paul Löbe der

Opfer des Bergwerksglücks

auf der Besche Eschweiler Reserve bei Aachen. Das Haus hatte sich erhoben und hörte die Trauerkundgebung lautlos an. Die Kommunisten verlangten, sofort in die Beratung eines Antrages einzutreten, die für die Hinterbliebenen 3 Millionen Reichsmark gewähren soll, also für jede Witwe rund 100 000 Mark. Wie wenig ernst es den Kommunisten mit diesem Antrag war, zeigt die Tatsache, daß sie in der Sitzung des Vorkommensrates, die unmittelbar vor der Plenarsitzung stattfand, ihren Antrag nicht erwähnten. Sie legten also keinen Wert darauf, daß die Anwesenheit ohne Schwierigkeiten über die parlamentarische Bühne ginge.

Abg. Müller-Franken machte darauf aufmerksam, daß nach der neuen Geschäftsordnung auch dieser Antrag eines Beratungsauswahls bedürfe und daher dem Haushaltsausschuß überwiesen werden müsse. Das Haus beschloß entsprechend.

Die Kommunisten hatten sich erst über die Geschäftsordnungs-mäßige Bemerkung des Sozialdemokraten Müller fühllos aufgeregt, seigten aber eine Minute später, wie recht er hatte, denn sie brachten nun ihrerseits einen Beratungsvorschlag ein. Sie schreiben den sozialdemokratischen Antrag auf Sonderbesteuerung der großen Einkommen und Vermögen, sowie der Lantienen ab und verlangen, daß dieser Antrag sofort ohne Debatte erledigt werde.

Dem widerspricht der Zentrumsvorsitz, Ester, indem der Antrag nicht auf die Tagesordnung gebracht werden kann.

Am Schluß der Sitzung wurde allerdings nicht Widerspruch dagegen erhoben, daß dieser Antrag auf der morgigen Tagesordnung des Reichstages erscheine. Er wird dann zweifellos dem Haushaltsausschuß des Reichstages zur Beratung bei dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung überwiesen werden.

Der Gelehtwurf über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Oesterreich über Sozialversicherung wurde dem sozialpolitischen Ausschuß und dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Es handelt sich um Vereinbarungen zum Zwecke des

gegenseitigen Ausgleiches zwischen Deutschland und Oesterreich

auf den Gebieten der Krankenversicherung, der Unfallversicherung, der knappschaftlichen Pensionsversicherung, der Invalidenversicherung und der Anstelltenversicherung.

Bei Beratung des Gelehtwurfs über ein Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsabkommen

entwickelte sich eine längere Aussprache. In den langwierigen Beratungen zwischen beiden Regierungen hat Frankreich eine Erhöhung der Einfuhrzölle für deutsche Baumwollstrumpfwaren durchgesetzt. Auf der anderen Seite gibt das Abkommen der deutschen Regierung das Recht, die Zölle für Wollen, Graupen, Gries, Gerste und andere Müllexportwaren zu erhöhen. Die französische Regierung hat ferner für Kristallglas und andere Trinkbranntweine ein Einfuhrkontingent ausgedehnt, das insbesondere für die süddeutschen Brennereien von Vorteil sein wird.

Der Kommunist Hönle schien das Abkommen überhaupt nicht gelesen zu haben, er sprach nämlich nicht zu dem Tagesordnungsgesamt, sondern hielt eine allgemeine Rede gegen die Zollpolitik und endete damit, daß die ganze Zollpolitik auf einen bewaffneten Krieg mit Sowjetrußland hinauslaufe.

Abg. Toni Sender (Soz.)

äußerte für die Sozialdemokratie, daß das Zusatzabkommen eine Beschlechterung für einen Teil der sächsischen Textilindustrie bringe.

Internationaler Sozialistenkongreß 25. Juli

Abrüstung und Weltwirtschaftskrise auf der Wiener Tagesordnung

Zürich, 23. Febr. (Eig. Drabt.) Am zweiten Verhandlungstag der Internationalen Exekutive berichtigte Otto Bauer-Oesterreich über die Beschlüsse der gemeinsamen Arbeitlosenkommission der Sozialistischen Internationalen und des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Exekutive nahm die Beschlüsse zur Kenntnis. Eine weitere Resolution stellte fest, daß noch Verträge über die Herabsetzung der Zölle für die einzelnen Gruppen empfehlenswert sind. Schließlich wird die Einführung der Arbeitslosenversicherung in jenen Ländern der Diktatur, in denen sie noch nicht besteht, dringend gefordert.

Ein besonderer Beschluß erhebt die Forderung nach der Räumung des Saales. Zur gemeinsamen Durchführung der Aktion für Abrüstung und dem Internationalen Gewerkschaftsbund wurde ein Komitee gebildet. Die Frage der Abrüstung wird auch einer der Generalversammlungen auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Wien sein, der am 25. Juli eröffnet wird.

Die Tagesordnung des Kongresses ist wie folgt festgesetzt:

1. Der Kampf um die Abrüstung und gegen die Kriegsgesetze;
2. Die allgemeine Lage der sozialistischen Bewegung und der Kampf der Arbeiterklasse in der Demokratie;
3. Die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit.

So unvollkommen das Abkommen sei, so müsse doch gesagt werden, daß überhaupt kein Handelsvertrag zustande gekommen wäre, wenn man auf die Hilfe der Kommunisten angewartet hätte. Folgte man dieser negativen Handelspolitik, so hätte man in Deutschland noch drei Millionen Erwerbsloser mehr. Es sei jedem jeden Handelsvertrag zu vermeiden, denn manche dieser Verträge brächten auch Zollherabsetzungen.

Der bayerische Volksparteiler Serlachy führte aus, daß Rußland für seine eigene Bevölkerung die Lebensmittel rationiere, und bei dadurch erzwungenen Ueberflüss billig auf den Weltmarkt werke. Ferner deunruhige es den Weltmarkt durch Erzeugnisse die durch Schuldlose vom Inneren Rußlands billig exportiert werden könnten.

Noch einmal behauptete Hönle unter Berufung auf Karl Marx, daß Handelsverträge nur dem Zollwucher dienen.

Toni Sender antwortete ihm, wenn das wahr wäre, so sei nicht zu verstehen, warum auch die russische Regierung durch Abschluß von Handelsverträgen sich an diesem Zollwucher beteilige. Sollte Karl Marx solche kommunistischen Reden erleben, so würde er darauf geantwortet haben: „Du gleichst dem Geiß, den du bezaehst, nicht mir.“

Das Zusatzabkommen wurde zur weiteren Beratung dem Ausschuß überwiesen.

Es folgte die erste Beratung des Gelehtwurfs zum

Ausbau der Angestelltenversicherung

Der Entwurf gibt eine Neugliederung der Selbstversicherung und das direkte Wahlrecht für den Verwaltungsrat. Eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Ein Fortschritt ist auch, daß Schuldbesitzende Frauen in Zukunft die Witwenrente erhalten, und daß die Elternrente eingeführt wird. Dagegen fehlt ganz eine Erhöhung der Rente. Der Gelehtwurf ging an den sozialpolitischen Ausschuß.

Ab. Schmidt-Cöpenick (Soz.)

erstattet den ausführlichen Bericht über die Haushaltberatungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Er verstand es in seiner objektiven Berichterstattung, mehrere interessante Einzelheiten einzuflechten. So zeigte er, daß manches Geld, das die Reichsregierung zu billigem Zinsfuß an die Landwirtschaft abgibt, bis zu 14 Prozent kostet, wenn es endlich an den letzten Empfänger kommt. Die Konsumgenossenschaften bemühen sich mehr und mehr deutsche Butter zu verkaufen. So ist es ihnen gelungen, den Anteil der deutschen Butter an dem Gesamtmarkt der Konsumgenossenschaft von 8 vom Hundert auf 14 vom Hundert im Jahre 1930 zu steigern. Der Anbau von Weizen hat zugenommen, der Roggenanbau dagegen abgenommen. In welcher Art das Privatkapital das Reich auszunutzen versucht, zeigt folgender Fall: Die Reichseigene Deutsche Landkultur A. G. laufe zur Herstellung von Motoren eine deutsche Automobilfabrik. Ein Dr. Kann, der ein Aktienpaket von 60 000 Mark dieser Fabrik im Besitz hatte, veräußerte es dem Reich für 160 000 Mark anzudehen. Es wurde ihm erklecklicherweise die Tür geöffnet. Im Ausschuß ist darüber gefasst worden, daß ein nationalsozialistischer Abgeordneter und Rittergutsbesitzer in einem Schloß wohne, und daß seine Landarbeiter entliehliche Eizenswohnungen hätten. Ein nationalsozialistischer anderer Abgeordneter hat dies gaehtanden, jedoch im Auftrag seines Parteigenossen und Rittergutsbesitzers erklärt, die betreffenden Landarbeiter wolle man aus diesen Wohnungen durchaus nicht ausscheiden.

Auf Abschluß des Reichstagspräsidenten wurden dann die Beratungen abgebrochen, weil das Reichsabinett noch über die Tagesfrage beriet. Am morgigen Dienstag wird die Aussprache über den Ernährungshaushalt beginnen.

Aus aller Welt

Kinder auf Stiern vom Zug erfährt

Davos, 23. Februar. Auf der Station Wolfsang der Abtischen Bahn ereignete sich am Samstag nachmittags ein schwerer Unfall, dem die 9 Jahre alte Tochter Gisela des Chefarztes der Deutschen Heilfakten Davos-Wolfsang Dr. Peters zum Opfer fiel. Das Kind war mit drei Freundinnen auf Stiern in der Nähe des Bahnhofs über die Gleise gegangen. Dort hatten sie eine etwa 2 Meter hohe Schneewand erklettert, wobei zwei der Mädchen abstürzten und von den gerade nach Klosters ausfahrenden Zug der Abtischen Bahn zu liegen kamen. Während das eine Mädchen mit leichten Verletzungen davontam, wurde Gisela Peters vom Zug erfasst und auf der Stelle getötet.

Hamburger Dampfer gesunken

Bremen, 23. Februar. Der Hamburger Dampfer „Kurland“ ist in der Nacht zum 22. Februar nordöstlich vom Terhessling-Feuerschiff gesunken. Die aus zwölf Mann bestehende Besatzung wurde von einem englischen Fischdampfer geborgen.

Bestimmungsmeisurung

In Darmstadt fand eine Bestimmungsmeisurung auf Schläger zwischen dem Studenten Tomidat von Frankfurt a. M. vom Corps Frisia und dem Frankfurter Studenten Werner Prinz, der in Darmstadt studiert und dem Corps Alania angehört, statt. Infolge eines

Anfallschalles erhielt Tomidat einen tiefen Stich in die Brust, der innere Verletzungen zur Folge hatte, so daß der Tod halb bestimmt eintrat.

Ungewöhnlich starker Schneefall in Südbayern

München, 23. Februar. Der seit Samstag anhaltende heftige Schneefall hat in Südbayern und besonders in den Bergen eine Schneehöhe erreicht, wie sie in diesem Winter noch selten war. Im Februar seit vielen Jahren nicht erreicht worden ist. In München hat die Schneehöhe am Montag morgen die Höhe von 29 Zentimetern erreicht. Im Gebiet der Karalpen ist fast durchweg eine neue Schneehöhe von einem halben Meter gemessen worden, indem der Verkehr auf den Straßen stark behindert ist und oftmals Autos ausgefahren sein werden müssen.

Deutsches Schiff in Not

London, 23. Februar. Wie Lands berichten, ist der deutsche Dampfer „Albatros“ bei der im nördlichen Nordatlantischen Meer gelegenen Insel St. Michael auf Grund geraten und leck geworden. Der Kapitän bittet um Hilfe und Uebernahme der Besatzung. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Hospiz auf dem Großen St. Bernhard eingeschneit

Wosta, 23. Februar. Wie gemeldet wird, liegt das Hospiz auf dem Großen St. Bernhard fast völlig unter dem Schnee begraben. Der Schneeeck erreicht beim Hospiz eine Höhe von acht Metern.

Freistaat Baden

Der evang. Oberkirchenrat in Nöten

Aus dem Kreise der evangelischen Sozialisten wird uns geschrieben: Die Erregung, die allenthalben im badischen evang. Kirchenrat und darüber hinaus wegen der Abregulierung des Genossenschaftsrechts eingetreten ist, scheint dem Oberkirchenrat doch in die Knochen gefahren zu sein. Nichtsdestoweniger und nicht nur aus dem protestantischen Lager mehrten sich die Stimmen, die über die Maßnahmen des Oberkirchenrates und seines Präsidenten den Kopf schütteln. Dieser bei den Postiven und dem evang. Volksdienst erbeden sich gerade bei den Präsidenten der Parteilisten an.

In Mannheim war vergangenes Donnerstag eine Riesensammlung für den Genossen Eder. Der große Nibelungenhof war nicht aus, so daß noch eine Parallelsammlung abgehalten werden mußte. Ueber 8000 Personen haben sich dabei rüchhaltlos hinter ihren Führer gestellt und den Rücktritt des Kirchenpräsidenten verlangt.

Der Herr Kirchenpräsident, der für Ruhe und Ordnung unter der schwarz-weiß-roten Fahne eintritt, doch in der Öffentlichkeit gerät. Möglicherweise ist er jetzt erst von dem Vorhandensein einer Masse erfährt, die andere politische Ziele hat, als er. Was tun? Er erläßt schließlich eine Verfügung an seine Diözesen, sie möchten unter dem Pfarrern eine Abstimmung veranstalten, wie man dort über den Fall Eder denkt. Herr Präsident! Sie haben Sie sich wieder an die falsche Adresse gewandt. Sie wissen wohl, wie man über Sie und den Gen. Eder denken muß. Sie müssen die große Masse des Kirchenvolkes betrachten. Sie können noch mehrere solche gegeben werden. Aber eines können Sie nicht mehr geben. Sie können die Verantwortung nicht abgeben, daß Sie in einer so wichtigen Angelegenheit die Pfarrern überlassen. Wir leben in der evang. Kirche immer noch eine Volkspartei, in der alle Leide sind. Wenn Sie daraus eine absolute Macht machen wollen, in der Sie als absolute Macht herrschen, so werden Sie es tun. Aber den Ehrennamen, Kirche der Reformation zu sein, dürfen Sie für dieses Gebilde nicht mehr in Anspruch nehmen.

Die religiösen Sozialisten, die wir mit offenen Augen im Leben sehen, wird immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie die Politik in die Kirche bringen. Der Vorwurf liegt uns immer sehr, weil wir in der Politik den Dienst an der Gesamtheit, auch an der Kirche, sehen. Aber Sie eben mit Ihrer Rundfrage gemacht haben, Herr Präsident, das war wirklich „Politik“ und zwar politisch im üblichen Sinne. Sie wollten sich, noch ehe das Verfahren gegen unseren Genossen Eder durchgeführt ist, eine Mehrheit suchen, die Ihren politischen Schicksal, um mit dieser Mehrheit Gewalt gegen uns auszuüben. Doch damit kein Vertrauen auf eine objektive Durchführung des Verfahrens sein kann, dürfte klar sein. Vielleicht wissen Sie, wie man im gewöhnlichen profanen Leben, wo man keine so hohen Worte gebraucht wie auf der Kanzel, einen solchen Einfluß in ein Verfahren bezeichnet. — Herr Kirchenpräsident! Der Herr ist im Rollen und kann zu einer Laminie werden. Sie und Ihre Getreuen tragen dann die Verantwortung. S. S.

Die Gehaltshürzung

Nach dem Abkommen vom 26. Januar 1931 betr. die sechste Lohnveränderung des Reichsbeschäftigtenvertrags und der Ausführungsbestimmungen hierzu (abgedruckt im Reichsbeschäftigtenblatt 1931 Nr. 3) werden die Gehaltsbesätze der Reichsbeschäftigten in den Monaten Februar und März 1931 um 5 v. H. und am 1. April 1931 um 1 v. H. gekürzt. Die Vorschriften der §§ 1 Abs. 4 und 3 des zweiten Teils, Kapitel 2, der Verordnung des Reichspräsidenten zur Änderung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (RGBl. Teil 1 S. 517) gelten dabei entsprechend mit der weiteren Ergänzung, daß auch der vom Angestellten- und Arbeitslosenversicherungsgesetz als tragende Teil des Pflichtversicherungsbeitrags zur Angestellten- und Arbeitslosenversicherung der Kürzung nicht unterliegt. Die Grundzüge des Kürzungsvertrags werden auf alle Angehörigen des Reichsbeschäftigtenvertrags ebenfalls angewandt. Nach dem Kürzungsvertrag vom 11. Dezember 1930 (Staatsanzeiger Nr. 290 vom 12. Dezember) tut eine der vorgenannten Grundzüge entsprechende Kürzung der Dienstbesätze auch gegenüber der Angestelltenvereine und Gemeinden usw. den Vorschriften des zweiten Teils, Kapitel 2, der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 genüge.

Deutscher Berufsschultag in Mannheim

Am ersten Oktoberwochen des Jahres 1931 wird der Deutsche Berufsschultag in Mannheim tagen. Mit der Tagung wird eine Ausrichtung der Mannheimer Berufsschulen verbunden sein. Ein Zulauf für die Tagung wurde vom Stadtrat beauftragt.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Nach den Ermittlungen des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung in Baden ist die Belastung des Arbeitsmarktes vom 1.—14. Februar 1931 um 8000 oder 3,4 Prozent auf rund 320 000 Arbeitssuchende Personen. Die Zunahme war aber diesmal offenbar fast ausschließlich durch Witterungseinflüsse, Schneefälle und Frost bedingt, der vorwiegend die männlichen Berufe des Baugewerbes, der Holzindustrie und der Industrie der Steine und Erden, sowie die Metall- und Holzarbeiter, soweit ihre Beschäftigung vom Wetter unmittelbar oder mittelbar abhängig ist. Die in Baden in Erscheinung tretende Zunahme in der Beanspruchung der Unterstützungseinrichtungen war mit 11 771 oder 3,6 Prozent erheblich geringer als in der zweiten Hälfte des Jahres 1930. Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an Arbeitslosen am 14. Februar 1931 folgender:

Arbeitslose (134 785 Männer, 39 849 Frauen)	174 634
Arbeitslose unter 14 Jahren (157 238 Männer, 37 803 Frauen)	195 041
Arbeitslose von 14 bis 17 Jahren (168 421 Männer, 40 191 Frauen)	208 612
Arbeitslose von 17 bis 24 Jahren (80 274 Männer, 86 006 Frauen)	166 280
Arbeitslose von 24 bis 30 Jahren (106 835 Männer, 117 771 Frauen)	224 606

Der Gesamtbestand des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung in Baden Mitte Februar auf 1000 Einwohner 41,1 Hauptunterstützungsbedürftigen gegen 26,4 am 15. Februar.

Der Reichsbahnrat hat die Elektrifizierung der Bahnstrecke Augsburg-Regensburg in letzter Minute abgelehnt. Es handelt sich dabei um eine Strecke von rund 50 Kilometern Länge, die in dem Gebiet zwischen Regensburg und Augsburg verläuft. Die Elektrifizierung dieser Strecke ist seit Jahren geplant, wurde aber bisher nicht verwirklicht. Der Reichsbahnrat hat nun entschieden, dass die Strecke nicht elektrifiziert werden soll. Dies ist ein Rückschlag für die Eisenbahnverwaltung, da die Elektrifizierung die Reisezeiten verkürzen und den Energieverbrauch senken würde. Die Entscheidung ist auf die Kosten der Elektrifizierung zurückzuführen, die als zu hoch angesehen werden.

Hitlers Prunkpalast

Millionenverschwendung aus Größenwahn

Hitler ist zur Zeit ausschließlich mit der Ausschmückung des Münchener Parteipalastes beschäftigt. Das beweist er durch die Veröffentlichung eines Wandmuralartikels, der mit rund 900 Zeilen 1 1/2 Seiten seiner Zeitungsplantage füllt. Unter Bewehrung seiner eigenen Person erzählt er dort zunächst zum 10. und 10. vierten Male die Anfänge der Münchener Hitlerbewegung. Dann begründet er den Erwerb des Luzzasbaues im Sinne des großmahnungswürdigen Bayernkönigs, der sich auch von Bismarck mit Millionen aus dem Reichstagsfonds subventionieren ließ, mit folgenden Sätzen:

„Die nationalsozialistische Bewegung ist eine machtpolitische Erscheinung und kann nicht verstanden werden mit den Wirtschafts- und Parlamentsparaphrasen unserer Mitte. Das Ziel ihres Kampfes und Ringens ist das unermeßlich Große, das sich auch rein äußerlich in einer überragenden Bedeutung jedermann klar zeigen muß.“ Die Notwendigkeit großer Räume begründet der Nazi-Papst mit der Einrichtung vieler Abteilungen der Partei für Organisation und Propaganda, „dazu kommt der mächtige Ausbau der SA- und SS-Führung“. Ein anderer Teil der Parteigebäude soll künftighin noch in der bisherigen Geschäftsstelle eines dreistöckigen Mietshauses im nördlichen Stadtteil abgemietet werden. Selbstverständlich befindet sich „das Büro des Führers“ im neuen Staatspalast, der eine Fahrenhalle, eine Standartenhalle und einen Senatorensaal enthält. Dies werden angeblich die schönsten Räume sein, „künstlerisch glänzend ausgestattet“, wobei „zum ersten Male seit dem griechischen Meander das Hakenkreuz als neues Ornament in verschiedenen Formen verwendet worden ist. Auch große Marmoraltäre mit großen Buchstaben tragen die Namen der vom Reichsbanner und Rotfront ermordeten SA- und SS-Kameraden... Ueberhaupt wird der Bau ein Museum von Erinnerungen an die Kämpfe unserer Bewegung sein.“

Ueber den Renaissancendieses Palastes, den der Nazi-Papst „Braunes Haus“ getauft hat, macht er keine Angaben. Er spricht lediglich davon, daß er schon vor sechs Monaten angeordnet habe, „daß von allen seinen eigenen Veranlassungen ein Mindestbetrag von 3 bis 5000 M zur Ausschmückung des Parteibaues abgesetzt wird, die dadurch herbeizubringen sind, daß jeder Besucher, der nicht Parteimitglied ist, einen Eintrittspreis von 5 M zu bezahlen hat“.

Hitler schließt seine Angaben mit dem Satz: „Wenn ich persönlich das Opfer bringen kann, in jeder solchen Veranlassung bis zur eigenen Erschöpfung zu sprechen, dann müssen diejenigen, die bisher überhaupt noch kein Opfer für die Bewegung gebracht haben, jedesmal wenigstens 5 M zahlen. Wer das nicht will, braucht nicht zu kommen.“

Größenwahn in höchster Potenz, der gleichzeitig zeigt, wie sehr die Hitler zu Millionenverschwendungen bereit sind, wenn es sich um Selbstweiherrückung handelt.

Ludendorff verspottet die Nazis

Die Auszugs- und Gewalttätigkeit sind lächerlich gemacht

Nach Kapitän Ehrhardt stellt nunmehr auch Ludendorff in seiner Volksworte die „Taktik“ der Nationalsozialisten an den Pranger, indem er erklärt:

„Der Auszug erfolgte, nachdem die NSDAP sich überzeugt hatte, daß die Hoffnungen, durch den Reichstag „schnell zur Macht zu gelangen“, so wie es von ihren Wenzeln den Parteigenossen und Wählern vorgetrieben war, zu einer vergeblichen Hoffnung wurde, und die Realisierung und Reichstag sogar „aus verfassungsmäßige“ die NSDAP im Reichstag an die Wand gedrückt hatten. Der Auszug war kein großes Handeln. Nur schlecht verbeißte er die Enttäuschung nicht geblühter Spekulation. Die Aenderung der Geschäftsordnung, die den äußeren Ansehens, enthält einige Punkte, die parlamentarische Auswüchse beseitigen und von jedem rechtlich denkenden Menschen begrüßt werden sollten. Aber die NSDAP, die immer nur von Gewalt träumt, und dieser auch unverhohlenen Ausdruck gibt, hat keine Macht, sich über Gewalt zu beklagen, die nun andere gegen sie anwenden. Wer andere eine Grube gräbt, fällt selbst hinein, und wer dann noch fragt, stellt sich gerade nicht als Held hin...“

Ludendorff stellt zum Schluß noch das nationalsozialistische Gebilde vom „Austat“ zum Bürgerkrieg als Geschwächten hin und sagt ebenso wie Ehrhardt, nur noch deutlicher, daß damit nach der heutigen Lage der Dinge keine Geschäfte mehr zu machen seien. Es sind böse Zeiten für die Nazis. Reichsinnenminister Dr. Wirth stellt fest, daß sich aus den Reihen der Nationalsozialisten ständig freiwillige Spitzel gegen Bezahlung zur Verfügung stellen und Ehrhardt und Ludendorff attestieren den Nazis die politische Unfähigkeit. Wir fondolieren...

Gewerkschaftsbewegung

20 Prozent

Die neue Lohnabbauparole

Die Schwerindustrie hat mit ihrer Lohnabbauparole von 20 Prozent bereits Schule gemacht. Schon werden sich immer mehr Arbeitseingruppen, die ohne jede wirtschaftliche Begründung mit dieser neuen Parole — man muß schon sagen: um sich werben. Auch die Zigarren- und die Zigarettenfabrikanten — um zwei neue Beispiele herauszugreifen — haben sich die 20-Prozentparole zu eigen gemacht.

Die Zigarettenfabrikanten

haben jahrzehntlang den zweifelhaftesten Ruf genossen, die schlechtesten Löhne zu zahlen. Diesen Ruf möchten sie nicht verlieren. Der Reichsverband deutscher Zigarettenfabrikanten will seine Lohnabbauparole dem Tabakarbeiterverband erst bei den Verhandlungen, die am 3. März in Hamburg beginnen sollen, mitteilen, weil es ihm angeblich bis jetzt noch nicht möglich war, seine Tarifkommissionsmitglieder zusammen zu bekommen. Allen Anschein nach will der R.D.Z. Gewerkschaften und Defianten überzumpeln. Daher seine Demagogik. Einige seiner Mitglieder haben jedoch bereits aus der Schule gelehrt und andeutend, daß die Löhne in der Zigarettenfabrikation um 20 Prozent gekürzt werden sollen.

20 Prozent Lohnkürzung für den Zigarettenarbeiter!

Dabei beträgt der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters in den Zigarettenfabriken noch nicht einmal 1200 Mark im Jahr. Werden davon noch 20 Prozent in Abzug gebracht, dann verbleibe ein Jahresdurchschnittslohn von weniger als 960 Mark und damit sollen die Zigarettenarbeiter und ihre Familien auskommen.

Man möchte das Ganze für die Ausbeutung einer überlebten Phantastie halten. Allein vor die Zigarettenfabrikation kennt, weiß, daß sie bei Lohnkürzung um 20 Prozent in die Hände der Arbeiter fallen würde. Sie wollen die durch das Lohnabbaugesetz geschaffenen Verhältnisse ausnutzen. Sie wollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: auf der einen Seite Gewicht und Töten der Zigarette zu ihrem Vorteil ändern, dem erhöhten Welle nehmen und auf der anderen Seite die Löhne um 20 Prozent kürzen. Sie glauben, ihren Anschlag leicht durchführen zu können, weil die Arbeitslosigkeit die Zigarettenarbeiter besonders schwer heimgesucht hat. Sie wissen, daß Ende Januar nur der freigeschäftlich organisierten Zigarettenarbeiterchaft rund 70 Prozent wahllos arbeitslos waren. Trotz der gewis für die Tabakarbeiter schwierigen Situation wird jedoch der Deutsche Tabakarbeiterverband jedes nur einigermaßen erfolgversprechende Mittel anwenden, um den geplanten Lohnabbau zu verhindern, und daneben haben dann auch die Zigarettenarbeiter noch ein Wortlein mitzusprechen.

In der Zigarettenindustrie und Großhandel

wollen die Unternehmer ebenfalls aufs Ganze gehen. Was sie 1930 an Beschäftigten nicht durchsetzen konnten, wollen sie dieses Jahr erzwingen. Eine Reihe von Tarifverträgen ist bereits gekündigt.

Ueberall also das gleiche Bild. Rücksichtslos will das Unternehmertum seine einseitige Stellung ausnutzen. Wenn früher bei guter Konjunktur die Arbeiter die Forderungen stellten, dann

schrien die Unternehmer Beter und Mordis über „Konjunkturlohnpolitik“. Was sie selbst jetzt treiben, ist tausendmal schlimmer als Konjunkturpolitik.

Gegenüber dem Machtmittel der Unternehmer gibt es für die Arbeiter nur ein Mittel der Abwehr.

Stärkung der Gewerkschaften.

Kein einziger Arbeiter darf jetzt tatenlos beiseite stehen. Wer nicht in die Kampffront der Gewerkschaften einschwenkt, schwächt die Tariflohnfront.

Entweder Erweiterung der Kampffront der Gewerkschaften oder Engerhalten des Hungerriemens.

Eine andere Wahl gibt es nicht.

Druckerstreik beim Jungdeutschen

Der Jungdeutsche, die Zeitung des Jungdeutschen Ordens, ist gestern nicht erschienen, da das technische Personal in der Buchdruckerei von R. Boll, G. m. b. H., Berlin, in der das Blatt gedruckt wird, in einen Streik getreten ist.

Stägige Arbeitswoche bei Haus Neuerburg

Bei der Zigarettenfabrik „Haus Neuerburg“ in Trier wird am 1. März die fünftägige Arbeitswoche eingeführt. Der Betrieb bleibt am Samstag vollkommen arbeitsfrei.

Es geht, wenn man will

Im deutschen Holzgewerbe sind sofort nach dem Scheitern der Verhandlungen in den einzelnen Bezirken von der Partei Schritte zum Abschluss des schwebenden Tarifkonflikts unternommen worden. Die beteiligten Verhandlungen haben an manchen Stellen überraschend schnell zu einer Verständigung geführt, wobei die Arbeiter ein besseres Ergebnis herausgeholt haben, als sie wahrscheinlich bei den zentralen Verhandlungen erzielt hätten. So kam es in Bayern zu einer Vereinbarung, wodurch der Manteltarif mit einigen unwesentlichen Veränderungen wieder in Kraft gesetzt und ein Lohnabbau von 6 Prozent festgelegt wurde. Am 1. März wurde die Geltung des bisherigen Manteltarifvertrages ohne jede Veränderung verlängert und ein Lohnabbau von 5 1/2 Prozent festgelegt. In den beiden Fällen ist der Lohnabbau geringer, als der, den man im Arbeitsministerium den Unternehmern angeboten hatte!

Die Ausbeutung ist überall im Abflingen. Die Zahl der Ausgesperrten fällt — alles in allem vielleicht noch rund 2000 — nicht mehr ins Gewicht. In vielen Stellen haben die Unternehmer die Ausgesperrten wieder zu den alten Bedingungen in die Betriebe zurückgeholt oder nur einen verhältnismäßig geringen Lohnabbau vorgenommen.

Dem Deutschen Holzarbeiterverband ist es im allgemeinen in den bezirklichen Verhandlungen gelungen, die nur ihm einschlägigen Punkte zu halten. Jedoch hat sich gezeigt, daß auch im Holzgewerbe eine Verständigung möglich ist. Sie wird an noch mehr Stellen möglich werden, wenn sich auf Unternehmenseite einige Leute die Hörner etwas abspalten haben.

Partei-Nachrichten

d. Weingarten. Die hiesige Frauengruppe der Sos. Partei hatte auf Freitag, 20. Februar, in das Lokal zur Linde zu einem Vortragabend eingeladen. Es war eine Freude, zu beobachten, mit welcher großem Interesse die erschienenen Besucherinnen, über 70 an der Zahl, dem ausgezeichneten Vortrag der Genossin Starz-Karlzruhe gefolgt sind. Die Referentin sprach über das Frauenleben in der Türkei, türkische Sitten und die Modernisierung des heutigen türkischen Staates. Die Referentin erzielte reichen Erfolg für ihre vorzüglichen und interessanten Ausführungen. Die hiesige Frauengruppe wird bemüht sein, auch weiterhin durch aufmerksame Beiträge den weiblichen Mitgliedern unserer Bewegung

und sonstigen Interessenten Unterhaltung und Anregung zu bringen.

Soziale Rundschau

Weibliche Angestellte in Beamtenstellen

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurden die Bestimmungen zum Haushalt des Reichsinnenministeriums vorgenommen. Eine zur Annahme gelangte Entschließung der Sozialdemokratie erludt die Reichsregierung, die bei den Subventionsverwaltungen des Reiches über 12 Jahre tätigen weiblichen Angestellten in Beamtenstellen des einfachen und mittleren Grades zu überführen.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

24. Februar

1799 Georg Christoph Lichtenberg. — 1829 Schriftsteller Friedrich Spielhagen. — 1848 Februarrevolution in Paris. Frankreich wieder Republik. — 1867 Eröffnung des 1. norddeutschen Reichstags. — 1869 Dramatiker Karl Schönherr. — 1905 Durchbruch des Simonsstunnels. — 1925 Schweizerischer Sozialist Hjalmar Branting.

Die Nazis als Werkzeuge Gottes

Der offizielle Fasching ist seit einigen Tagen vorbei, jedoch bei den Nazis scheint die Fastnacht noch nicht ausgestorben zu sein. Das bewies wieder ihre letzte Festhallenversammlung, in der ein Redner über Rußland sprach. Uns interessiert heute jedoch weniger, was der Nazirechner seinen gläubigen Zuhörern über Rußland gepredigt hat, sondern vielmehr die Tatsache, daß der Redner sowohl wie der Versammlungsleiter die Nazis als Werkzeuge Gottes hingestellt haben, die bestimmt seien, Gottes Willen zu vollziehen, und sich Gottes unerforschlichem Ratshluß zu fügen.

Die Nazis als Werkzeuge Gottes! Wer laßt da nicht über solche Sprüchekopfer und Phantasten. Ausgerechnet die Nationalsozialisten betrachten sich als Werkzeuge Gottes! Es gab ja schon einmal einen, der sich in so ausgeprägter Form als Vollstrecker des Gotteswillens hinstellte, nämlich Wilhelm II., der bekannte Narr von Gottes Gnaden. Er hat als „Werkzeug Gottes“ das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegengeführt, von denen wir heute noch einen Teil auskosten müßten. Wenn die Hitlerianer als Werkzeuge Gottes und mithin Erbe der Geistesverfallung Wilhelms II. denselben Erfolg in ihrem dritten Reich haben, dann kann man sich eine Vorstellung von diesem Reiche machen, in dem nur Milch und Honig fließen soll.

Die Nazis haben ja schon manchen Unfuss verpasst. Aber daß sie sich nun noch sogar als Werkzeuge Gottes fühlen und sich Gottes unerforschlichem Ratshluß fügen, das ist schon der Gipfel politischer Ueberheblichkeit. Zu was allem der liebe Herrgott nicht mißbraucht wird! Die Nazis als Anhänger der Front der Große-Männer-Theorie! Jetzt wird wohl allen klar sein, warum der große Adolf auch als großer Mann gehalten wird, der von Gottberufen ist, das Schicksal des deutschen Volkes in die Hand zu nehmen.

Man sieht, die Hitler sind ein strenggläubiges Volk, jeder Faschnachtsult wird von ihnen als felsenfeste Wahrheit angenommen. Aber Spaß beiseite: Hitlers Wort ist Gottes Wort! Und was die kleinen Hitler im Lande herum predigen, ist ebenjass die Stimme Gottes. Jeder Funktionär fühlt sich scheint's so als kleiner Herrgott. Und über allen thront Adolf der Erste, der Vollstrecker göttlicher Wünsche!

Aus Organisationen und Vereinen

Bezirk Hardwaldbildung der Sozialdemokratischen Partei

Als weiterer Bildungsvortrag fand am Freitag, 20. Februar, im Handarbeitsaal der Telegraphenschule ein Referat des Gen. Direktors Wilhelm über „Die Wüsten der Abholzung“ statt. In Anbetracht des Themas hätte der Vortrag besser heißt sein dürfen. In seiner Einleitung betonte der Referent, daß wir aus der Geschichte lernen müssen. Die Wüsten der Abholzung umfaßt das 18. Jahrhundert. Wenn wir die Stellung und die Abhängigkeit des damaligen Bürgertums betrachten, sehen wir manche Ähnlichkeit mit der Zeit, nur hat heute das Bürgertum die Macht und die Unterdrückten und Abhängigen sind die Proletarier. Aber speziell vom kulturgeschichtlichen Standpunkt aus gesehen, ist doch ein gewaltiger Aufschwung der Unterdrückten zu verzeichnen. Die Lage des Bürgertums im 18. Jahrhundert war sehr schlecht. Das in 1800 Unterländer vertrieben wurde, wurde von ebenbürtigen Landesvölkern abholzt regiert. Ein Recht gab es für den Bürger überhaupt nicht. Dieses war nur dem Adel vorbehalten. Dieser besaß eine ganze Anzahl Vorrechte. Der Adel genoss Steuererleichterungen, auch war er von den Lasten der Einquartierung befreit. Mittelalterliche Grund und Boden konnte nur der Adel erwerben, ebenso besaß er das Recht zur Jagd und zum Fischfang. Der regierende Fürst ernannte die Geistlichen, welche das Geogelium natürlich zugunsten der Machthaber auslegen mußten. Der Adel herrschte somit die Lebensmittelerzeugung wie auch die Kulturpolitik. In jeder Beziehung, besonders gesellschaftlich, schloß sich der Adel von dem Bürgertum vollständig ab. Die Machthaber nützten ihre Stellung skrupellos aus. Das Bürgertum wurde vollständig ausgeschlossen, um die Militärvorstellungen, prachtvollen Festlichkeiten und sonstigen Launen der Fürsten und ihrer Mätressen zu finanzieren. Wenn aus dem Bürgertum nichts mehr herauszuholen war, verkauften diese Landesväter ihre Landesväter als Kanonensutter an fremde Großmächte. Wie in dieser Zeit von den Machthabern schaut wurde, zeigte der Referent an Beispielen aus Württemberg und der Tätigkeit von August dem Starken von Sachsen. Erst durch die französische Revolution kam auch die Macht des Adels in Deutschland ins Wanken und durch ständige Aufklärung gelangte das Bürgertum zur Macht und damit kam das kapitalistische Zeitalter, welches den Proletariat zum Unterdrückten machte. Dieses System zu überwinden und uns zu einer besseren Gesellschaftsordnung, zum Sozialismus, zu führen, ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Sie in dieser Aufgabe zu unterstützen, ist Sache aller Arbeitenden durch Aufklärung ihrer Mitmenschen.

Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, die Geschäftsleute im Bezirk, welche Abnehmer des Volksfreund sind, zu veröffentlichen, damit unsere Anhänger wissen, bei wem sie ihren Bedarf einbringen. Dem Wunsche kommen wir hiermit nach: Eisenhändler, Friseur, Hardtstraße 141; Kaufmann, Del- und Mehlhandlung, Hardtstraße 86; Keller, Jägerhaus, Hardtstraße; Kaff. Friseur, Hardtstraße 86; Lebensbedarfsvereine; Richter, Prinz Berthold, Hardtstraße; Eisenhändler, Maler, Moltschstraße 139; Metzger, Moltschstraße 135; Schein, Eisenhandlung, Kaiserstraße 1; Scherwies, Bäcker, Hardtstraße 86; Trebe, Wärtner, Hardtstraße 33; Keller, Mehlhandlung, Hardtstraße 94.

Stürme über dem Montblanc

In der Schauburg und im Gloriosa-Palast

Der Film und besonders der Tonfilm an sich bildet und bildet ein sehr untrübenes Thema; was früher abgelehnt wurde, findet heute Anerkennung und Würdigung. Eines der dankbarsten Gebiete des Films jedoch sind die Landschaftsbilder, die Bilder, die die Schönheit, die Größe und Erhabenheit der Gebirgswelt vermitteln. Dies ist auch das ureigenste Gebiet des Filmes, in untrüben und findet allzeit begeisterte und dankbare Aufnahme. Daß dem so ist, muß man sich nur freuen. Der stets gute Besuch solcher Veranstaltungen ist hierin bester Beweis. Die Schauburg und Gloriosa-Palast haben zur Zeit „Die Stürme über dem Montblanc“ auf ihr Programm übernommen und haben bereitwilligste „viel Volk“ an. Nachdem schon eine Reihe „Schneeberge“ und „Schneefußkette“ durch die Lichtbildkünstler liefen, durfte man auf diese Bilderreihe gespannt sein. Alle Erwartungen, selbst hochgepante, werden hier erfüllt. Wenn man Gelegenheiten

Karlsruhes Bautätigkeit 1930

(Mittezeit vom Städtischen Statistischen Amt)

Baugenehmigungen

wurden 985 (1929: 1231, 1913: 1042) erteilt, darunter für 210 (326 bzw. 235) Wohngebäude, für 2 (1929: 12) öffentliche Gebäude und für 146 (1929: 273) Bauten, die vorwiegend gewerblichen oder sonstigen wirtschaftlichen Zwecken dienen, ferner für 627 (620 bzw. 693) Umbauten. Unter den 146 „wirtschaftlichen“ Bauten befinden sich 17 Werksstätten, 76 Garagen, 8 Erhallungen und 27 Schuppen. In a u b n a fanden 433 (644 bzw. 363) statt, darunter von 77 (94 bzw. 95) An-, Auf- und Umbauten, von einem Anfallgebäude und von 195 (401 bzw. 190) neuen Wohngebäuden. In a b a n g kamen 28 (28 bzw. 31) Gebäude, darunter 6 (9 bzw. 3) Wohngebäude.

Von den genehmigten 195 (1929: 401) Wohngebäuden wurden 134 (1929: 112) mit 711 (532) Wohnungen von Privatien 2 Gebäude mit 14 Wohnungen von Behörden und 59 Gebäude (280) mit 244 (721) Wohnungen von gemeinnützigen Bauvereinigungen erstellt. 193 (1929: 394) Wohngebäude mit 953 (1242) Wohnungen sind mit Unterzählung aus öffentlichen Mitteln errichtet. — Für eine Wohnung hatten 31 Wohngebäude, das sind 15,9 Prozent aller Wohngebäude, 1929 waren es 55,4 Prozent, 1928: 37,9 Prozent und 1927: 42,2 Prozent.

Siehebar wurden 1040 Familienwohnungen (1929: 1326, 1913: 788); davon wurden 68 (64 bzw. 61) durch An-, Auf- und Umbauten gewonnen. In Besatz kamen 49 (43 bzw. 61) Wohnungen. Derzeitige Reinsung an Wohnungen beträgt somit 991 (1929: 1283, 1913: 677). Von dem Reinsung des Jahres 1930 entfallen auf die Wohnungen mit 1 Zimmer 19, mit 2 Zimmern 170, mit 3 Zimmern 391, mit 4 Zimmern 167, mit 5 Zimmern 51, mit 7 Zimmern 3. Mit 6 bzw. 8 und mehr Zimmern wurde keine Wohnung erstellt, dagegen kamen drei 6-Zimmerwohnungen in Abgang und eine Wohnung mit 11 Zimmern.

Die Kleinwohnungen (mit 1 bis 3 Zimmern) haben also im Jahre 1930 einen Zuwachs von 74 Wohnungen = 7,1 Prozent des gesamten Reinsung auszuweisen, die mittleren Wohnungen (4 und 5 Zimmer) von 218 = 22 Prozent und die Großwohnungen (6 und mehr Zimmer) einen Abgang von 1 Wohnung. Vergleichsweise sei angeführt, wie sich der Reinsung an Wohnungen im Jahre 1929 bzw. 1913 auf die 3 Wohnungsklassen verteilt: Kleinwohnungen 1929: 60,5 Prozent (1913: 73,9 Prozent), Mittelwohnungen: 37,1 Prozent (1913: 24,4 Prozent), Großwohnungen: 2,4 Prozent (7,6 Prozent). Ende 1930 war der Gesamtbestand an Familienwohnungen auf 40 999 angewachsen, gegen 31 781 Ende 1913.

Von dem Zuwachs (3218*) entfallen 94,8 Familienwohnungen auf die Jahre 1914 bis 1918 und 2774 (= 89,76 Prozent) auf die letzten zwölf Jahre 1919 bis 1930, und zwar auf die 5 Jahre 1926 bis 1930 3415 = 58,7 Prozent.

Von dem Gesamtbestand (40 999) sind also 20,18 Prozent der Bautätigkeit dieser zwölf Jahre zu danken, und zwar 13,21 Prozent den letzten 5 Jahren.

Von den nach dem Krieg gewonnenen 8274 Familienwohnungen (jeweils abzüglich Abgang) stammen aus den Baujahren

*) Ohne Wohnungsbestand zulach bei der Eingemeindung.

1919	202	Wohnungen	=	2,9	Prozent	
1920	330	„	=	4,1	„	
1921	390	„	=	4,8	„	
1922	509	„	=	6,2	„	
1923	517	„	=	6,3	„	
1924	355	„	=	4,3	„	
1925	538	„	=	6,5	„	
1926	870	„	=	10,6	„	
1927	1214	„	=	14,7	„	
1928	1048	„	=	12,7	„	
1929	1283	„	=	15,5	„	
1930	991	„	=	12,0	„	
zusammen 8274				=	100,0	Prozent

Der Hauptanteil dieser 8274 Wohnungen entfällt auf die Kleinwohnungen (mit 1 bis 3 Zimmern), von denen 5868 (= 71 Prozent) erteilt wurden. Am größten war ihr Anteil in den Jahren 1919 und 1920 (jeweils über 90 Prozent), er ging dann zurück, vor allem zu Gunsten der Mittelwohnungen, auf rund 80 Prozent in den Jahren 1921 bis 1924, jedoch allmählich bis auf 60 Prozent im Jahre 1929 (1930 wieder 78,1 Prozent). Dementsprechend hat sich der Anteil der mittleren Wohnungen (4 und 5 Zimmer) am Reinsung allmählich erhöht von 30,9 Prozent im Jahre 1925 bis auf 37,1 Prozent im Jahre 1929 und im Jahre 1930 auf 22 Prozent vertinnert, während ihr Anteil in den Jahren vor 1925 meist unter 20 Prozent lag. Ingesamt sind seit 1919 2288 Mittelwohnungen (= 27,65 Prozent) des Gesamtwohnungsausgangs hergestellt worden (abzüglich Abgänge). Der Reinsung an Großwohnungen (über 5 Zimmer) beträgt seit 1919 nur 118 = 1,43 Prozent; die meisten von ihnen wurden in den Jahren 1925 (21), 1928 (20) und 1929 (31) fertig-

Der Wohnungsbestand

zum 31. Dezember 1918 hat sich durch die Bautätigkeit um 25,3 Prozent vermehrt und zwar die Kleinwohnungen um 25,8 Prozent, die Mittelwohnungen um 31,3 Prozent und die Großwohnungen um 4,4 Prozent. Infolgedessen beträgt (unter Berücksichtigung des am 1. April 1929 eingemeindeten Forstis Sulach) am 31. Dezember 1930 der Anteil der Kleinwohnungen 70 Prozent vom Gesamtwohnungsausgang, der Mittelwohnungen 23,3 Prozent und der Großwohnungen 6,7 Prozent.

Für je 1000 Einwohner waren Wohnungen vorhanden Ende 1910: 224,5, 1911: 225,9, 1912: 224,5, 1913: 221,9, aber 1926: 244,7, 1927: 249,8, 1928: 254,1, 1929: 260,1, und 1930: 265,2. Bezogen auf die Einwohnerzahl hat also die Zahl der vorhandenen Familienwohnungen gegenüber der Vorkriegszeit zugenommen. Wenn trotzdem Wohnungen fehlen, so kommt das daher, daß der Maßstab für den Bedarf an Wohnungen nicht die Einwohnerzahl, sondern die Zahl der Haushaltungen ist, da eben nur die in Haushaltungen gruppierten Einwohner die Wohnungen anfordern. Wenn man nun diesen Maßstab heranzieht, so kommt das daher, daß der Bedarf für den Jahre 1905 232, 1910 237, 1919 250, 1925 264, 1926 265, 1927 271, 1928 275, 1929 278, also von Jahr zu Jahr immer mehr Haushaltungen (vor allem, weil die Haushaltungen kleiner werden), so wird berechtigt, warum das Wohnungsgeschehen fast ausschließlich größer sein muß als vor dem Kriege.

Für je 100 Haushaltungen waren vorhanden Familienwohnungen Ende 1910 109,8, 1919 96,7, 1925 91,8, 1926 92,3, 1927 93,2, 1928 93,7, 1929 94,7, 1930 95,1.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Generalversammlung

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshaus“ Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Bericht der Projektion, 3. Beratung eingegangener Entwürfe, 4. Neuwahl des Vorstandes, 5. Sonstige Vorfälle. Die Parteigenossen und -Genossen werden um recht reze Teilnahme an der Generalversammlung gebeten.

Erweiterte Vorstandssitzung (Bezirksführer)

Dienstag abend 8 Uhr im Volkshaus erweiterte Parteiführersitzung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung am Mittwoch.

Sozialdemokratische Frauenaktion Oststadt

Am Dienstag abend halb 8 Uhr findet in der Karl-Wilhelm-Schule ein Frauenaktionssaband statt über „Die Stellung der Frau in der Sozialdemokratie“. Gen. Stark wird sprechen. Genossen, Volkstreuer und deren Töchter sind herzlich eingeladen.

Frauenaktion Viertelheim-Bulach

Heute, Dienstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, im Handarbeitsaal der Viertelheim-Schule Beisand. Gen. Stark wird sprechen. Genossen, Volkstreuer und deren Töchter sind herzlich eingeladen. Wir bitten die Genossinnen und ihre erwachsenen Töchter, sich zu diesem Vortrag einzufinden.

Bezirk Nippur

Unsere nächste Bildungsvorstellung wird ein Schubertabend sein, der bei uns am Samstag, 23. Februar, 20 Uhr, im Rindfleischgarten stattfindet. Nach einem einleitenden kurzen Vortrag über Schubert werden Fräulein Johanna und Betty Maier am Klavier spielen. Fräulein Johanna und Betty Maier am Klavier spielen. Fräulein Hilde Weichmann singt Schubert-Lieder von Lützow, Gen. Soos führt die Frauen mit Darbietungen aus der literarischen Literatur. Die Veranstaltung ist also recht vielseitig und wird jedem etwas bieten. Eintritt wird auch nicht erhoben, aber das eine verlangen wir, daß Parteimitglieder und Volkstreuer Mitglieder mit Angehörigen zahlreich erscheinen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 21. Februar: Luise Burk, 73 Jahre, Witwe von Wilhelm Burk, Lediger, Beerdigung in Viertelheim am 24. Februar, 16.30 Uhr. Heinrich Hettel, Chemann, 60 Jahre, bahnstationär, alt 33 Jahre (Wittwe), Karoline (Wittwe), alt 4 Jahre, Ehefrau von Albert Hettel, Zigarrenfabrikant (Wittwe), alt 65 Jahre, Beerdigung am 24. Februar, 14.30 Uhr. — 22. Februar: Wilhelm Kirrteiter, Chemann, Schlosser, alt 45 Jahre, Beerdigung am 23. Februar, 12 Uhr. Josef Hämmerle, Witwer, 62 Jahre, alt 65 Jahre, Beerdigung am 24. Februar, 14.30 Uhr. — 23. Februar: Luise Neu, alt 66 Jahre, Witwe von Albert Neu, Privatmann, Feuerbestattung am 26. Februar, 14 Uhr. Wilhelm Neu, Privatmann, Kaufmann, alt 73 Jahre, Feuerbestattung am 26. Februar, 11 Uhr. Karl Merk, Chemann, Kassenführer, alt 58 Jahre (Wittwe), alt 67 Jahre (Wittwe), Irma, alt 2 Monate, Vater Wilhelm Merk, Gärtner, Beerdigung am 26. Februar, 14 Uhr.

halle, vom Genie See oder von anderer Seite aus das ganze Montblancplateau zu bewundern, wird man begreifen, daß dieses Bild Bergwelt zur Beerdigung für den Film reizte. Was nun der durch seine früheren Filme bekannte Regisseur Arnold Fanck mit einem großen Stab von Mitarbeitern, unter denen die besten bekanntesten Schihrer aus der Schweiz und Tirol vertreten sind, schuf, reizt zu wahrer Begeisterung hin. Die Arbeit vieler Monate in über 4000 Meter Höhe und unter größten Strapazen und Anstrengungen rollt vor dem Zuschauer vorüber. Einmal sind es die geradesu idealen Schneefelder, die den Schihrer das Herschne-



ler schneen lassen, ein andermal die spannenden Kletterpartien. Die in hellen Mondschneefächern aus den Rissen zum Himmel strebenden Bergspitzen und Grate bieten Bilder von erhabener Ruhe und Schönheit. Ein Kapitel für sich sind die mit kräftigem Getöse zu Tal rasenden Laminen, Schauer überkommt aber den Zuschauer bei den mit unheimlicher Gewalt dahinbrausenden Stürmen und Gewittern. Die tollkühnen Abenteurer des bekannten Fliegers Udet geben dem ganzen Werke ein besonderes Gepräge. Wie dieser geniale Flieger mitten in den heftigsten Stürmen sein Flugzeug in die Höhe treibt und immer wieder eine Landung versucht, läßt uns zweifeln den Atem anhalten. Acht Mal soll Udet während der Arbeiten zu diesem Film in jenen Regionen gelandet haben. Alles in allem ein Bildstreifen, den jeder Freund eines guten Filmes sich ansehen kann, nein, ansehen sollte.

Der Tierkühnverein Karlsruhe bittet alle Hunde- und Katzenbesitzer, keine Quattiere aufzugeben, für die man nicht schon im voraus einen guten Plan weiß. Am besten werden überzählige Tiere sofort nach der Geburt getötet. Vergebt keine Tiere an Unbekannte. Nehmt Euch berrenlofer oder schlecht untergebrachter Tiere an.

(.) Dienstjubiläum. Ihr 25jähriges Dienstjubiläum feiern dieser Tage der Vorarbeiter Konstantin Beron und der Bohrer Karl Reiff in der Betriebswerkstätte der Stadt. Straßenbahn. Die Jubilare erzeigten sich allerseitiger Sympathie. Beide sind rührige Mitglieder des Gesamtverbandes und der SPD. Wir wünschen den Jubilaren ein weiteres Wohlergehen. S. S.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Am Montag nachmittag schaute das Pferd eines Landwirts aus Grünmetterbach in der Kreisstraße vor einem Personenkraftwagen, ging mit dem Führer durch und löste in wilder Flucht die Karre hinab. Ede Karls- und Amalienstraße riss es das ältere, wertvolle Kesselmobil der Karl-Apotheke mit und rannte dann auf den Ludwigsplatz, wo es erst zum Stehen kam, nachdem es einen dort parkenden Kraftwagen über den Haufen gefahren hatte. Der Schaden an dem Kraftwagen beträgt etwa 200 M. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Am gleichen Nachmittag wurde eine 81 Jahre alte Witwe von hier in der westlichen Erbsenstraße von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Das Motorrad ging ihr über den rechten Fuß hinweg, der sofort stark aufschwellte, so daß sie nicht mehr stehen konnte. Passanten nahmen sie ihrer an und brachten sie nach Hause. Die Schulfrage bedarf noch der Klärung.

Aus nach Mittag lösterte am Montag ein Kradfahrer aus eigener Schuld mit einem Personenkraftwagen, wobei er sich eine fast blühende Wunde an der linken Hand zuzog. In Durlach verunfallte am Montag nachmittag ein Motorradfahrer Ede Amalienstraße und Bismarckstraße einen Zusammenstoß mit einem Personenkraftwagen. Er kam dabei auf Fall und verstauchte sich den rechten Fuß. Außerdem hat er an seiner Maschine einen Schaden von etwa 200 M zu beklagen. Der Personenkraftwagen wurde leichter beschädigt.

Einstellungsverbrechen

Ein unbekannter Missetäter verübte am Montag vormittag in der Luisenstraße an ein auf der Straße liegendes 5 Jahre altes Kind herauf und lockte es in einen Keller in der Angartenstraße, wo er es zu unrichtigen Zwecken mißbrauchte.

Einbruchdiebstahl

Ein unbekannter Täter verübte am Montag nachmittag in einem Haus in der Kreisstraße einen Monradenbierdiebstahl, wobei er der Zimmerinhaberin, einer Angestellten, den Betrag von 138 M aus der Kommode entwendete. Der Täter, der noch zwei weitere Türen mittels Nachschlüssels geöffnet hatte, wurde überfallen, konnte jedoch flüchten. Er wird insofern demnächst beschließen: etwa 40 bis 45 Jahre alt, etwa 172 Stm. groß, dunkelbraune Gesichtsfarbe, Hochwarse Wangen, schwarzes Haar und am linken Mundwinkel eine Schnitznarbe.

Am Freitag hatte sich ein Mann namens König bei einer Kaufmannschaft in der Kreisstraße einmietet. In der Nacht zum Montag verschwand er unter Mithilfe von Kleibern und anderen Dingen im Gesamtwert von etwa 300 M, die er mittels Nachschlüssels aus einem Schrank seiner Wirtin entwendet hatte. Am Montag wurden 3 Fahrradbierdiebstahl angezeigt.

Sachbeschädigung

Ein lediger 20 Jahre alter Kaufmann und 4 Genossen veranlaßten sich gegenseitig die Nacht damit, daß sie in der Rüberrter Straße am Ausgang des Hauses 3a das Eisengeländer fückweise abrißen und mit den Stielen nach einem Verkaufshäuschen warfen. Vor dem einschreitenden Polizeistatuten gaben die Täter Mithilfe, doch konnte einer von ihnen eingeholt und festgenommen werden.

Kleine bad. Chronik

Durch Gas vergiftet

33. Ottenau (Maratal), 23. Febr. Aus Schermer hat sich eine Frau K. im Alter von 34 Jahren dadurch das Leben genommen, daß sie während der Abwesenheit ihres Mannes und Kindes in der Küche den Gashähnen öffnete. Man fand sie auf dem Sofa liegend vor. Man versuchte sie ins Leben zurückzurufen, was jedoch nicht gelang. Schon vor Jahren hat sie den gleichen Versuch gemacht, konnte damals aber daran gehindert werden.

Schmer verlegt

Katenfels (Maratal), 23. Febr. Hier brachte der Obermeister Schien, der in der Holzindustrie Veramann beschäftigt ist, seinen Arm in die Transposition, so daß der Oberarm gebrochen und der Unterarm fast ganz ausgefallen wurde. Der Unstüchliche wurde nach dem Krankenhaus Kattat verbracht, wo durch Operation ihm der Unterarm abgenommen wurde.

Erhängt

Baden-Baden. Aus wirtschaftlicher Not hat sich am Sonntag vormittag ein 62 Jahre alter Arbeiter erhängt.

St. Aegon (Amt Seibelsberg). Die 26jährige Näherin Marie Kraft geborene Müller, Ehefrau des Hilfsarbeiters Joseph Kraft III, ließ sich von Zune überfahren. Die schon längere Zeit nervenleiden Frau konnte sich anschließend nicht über einen kleinen eheleichen Schritt hinwegsetzen.

Treßlingen (Amt Sinsheim). Der 58 Jahre alte verheiratete Nachbarn Johann Audi wollte im Süßerfall Eier holen, wurde dabei aus und fiel so unglücklich auf den Hinterrumpf, daß er sich schwere Verletzungen zuzog, so daß er nach Verlauf von 24 Stunden verstarb.

Meßkirch. In der Meßkircherfabrik Boß hier, brachte Meßkircherlehrling Fritz Molitor von Tolheim die linke Hand in die Pressmaschine. Es wurden ihm sämtliche Sehnen und die Pulsader durchgeschnitten. Wenn keine Komplikationen eintreten, dürfte die Hand trotz schwerer Verwundung erhalten bleiben.

Vorgehängliche Eisenfunde bei Colmar

Am Rande der Landstraße Colmar-Rufach stieß man bei Fundamentierungsarbeiten auf Gemarke Wetzelsheim in einer Tiefe von 120 Zentimeter auf ein Lager von 15 je 10 Kilo schwere Eisenklumpen, deren gedrungene an beiden Enden spitze Form an schwere Hufeisen erinnert. Es handelt sich um Barren von Roheisen, wie sie von vorgehänglicher Zeit in den Handel kamen.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Der hohe Druck über Westeuropa hat sich noch weiter verstärkt und wird auch weiterhin unter Gebiet unter seinem Einflusse halten.

Wetterausichten für Mittwoch, den 25. Februar 1931:

Trockener von beherrschender Witterung.

Wasserstand des Rheins

Sozial 2, aef. 7; Walsbut 197, aef. 4; Schupferinsel 58; Rehl 214, aef. 10; Krauz 587, aef. 5; Mannheim 231, aef. 4; Coub 212, aef. 1 Stm.

Schneebericht

Wintlicher Bericht der Badischen Landeswetterwarte vom 24. Februar, 8 Uhr morgens

Schneebericht: Wetter, minus 13 Grad, 240-260 Zentimeter Schnee. Pulver, Schi sehr gut.

Wetter: Wetter, minus 16 Grad, 50 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Schneehöhe: Wetter, minus 6 Grad, 180-190 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Bad Dürkheim: Wetter, minus 18 Grad, 30 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

St. Goar: Wetter, minus 12 Grad, 70-75 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Trarbach: Wetter, minus 12 Grad, 90-95 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Kusel: Wetter, minus 7 Grad, 150-160 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Unterhain: Wetter, minus 6 Grad, 140-150 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Serrenmies: Wetter, minus 9 Grad, 95-100 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Wald: Wetter, minus 5 Grad, 110-120 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Wald: Wetter, minus 4 Grad, 40 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Schanz: Wetter, minus 8 Grad, 150-160 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Frauenaktion. Auf die heute Dienstag abend 8 Uhr in der Vestingshalle (Schlossruine, Zimmer 3) stattfindende Frauenversammlung, in der Landtagsabg. Gen. T. in's über das Thema: „Was ist und was will der Sozialismus“ sprechen wird, seien die Genossinnen und Genossen sowie unsere Volksfreundinnen, ebenso auch die Frauen und Töchter unserer Gewerkschaftsmitglieder nochmals aufmerksam gemacht. Der Eintritt ist frei.

Das Sport- und Kulturprogramm wird am Samstag, 7. März, abends 7 Uhr, in der diesjährige Generalversammlung im Volkshaus abgehalten. Anträge hierzu, Jahresprogramm und Delegiertenversammlung der angeschlossenen Vereine sind bis längstens 1. März an Sportgen. G. u. J. in's einzuweisen, wozu die zweitägigen Sportorganisationen Notiz nehmen wollen.

24.2. Dienstag, 24. Febr. Weitere Gruppe: Arbeitsgemeinschaft. Mittwoch, 25. Febr. Jüngere Gruppe: Arbeitsgemeinschaft über die Broschüre „Hilfs Sozialismus“. Donnerstag, 26. Febr. Probeabend in der Spinnstube. Sonntag, 1. März: Adressé Donnerstag.

Das politische Kabarett

am 28. März in Durlach muß von jedermann gesehen sein.

Christian Manerle †

Christian Manerle ist tot. Dies bedeutet besonders für die Naturfreunde einen tiefen Verlust. Lange Jahre war er erster Naturmann der Ortsgruppe, und hat dabei mit großem Geschick geleitet, bis ihn ein hartes Schicksal zum ruhelosen Wanderer machte. Seine Berufspflicht führte ihn hinunter nach Italien, dann wieder an verschiedene Plätze nach Norddeutschland. Nun ist er tot in die Heimat wieder zurückgekehrt. Aber weil sein Wirken in der Gemeinschaft der Naturfreunde sowie in Partei und Gewerkschaft fruchtbringend war, wird sein Geist immer bei uns lebendig bleiben.

Faschismus

betitelt sich das Thema, über das Professor Dr. Gumbel-Heidelberg am Freitag abend in einer von der Friedensgesellschaft einberufenen öffentlichen Versammlung sprach. Der Saal zum „Roten Löwen“ war überfüllt. Zweifelslos hätte der Name des Referenten viele angezogen. Von einer starken Begrüßungsaktion empfingen, betrat Professor Gumbel das Podium, dankte zunächst für den freundlichen Empfang und ging sofort zum Thema über: Jähelung, sagte der Referent, sei er mit der Warnung vor der faschistischen Gefahr ziemlich vereinzelt gestanden, heute sei diese Auffassung insofern Gemeingut geworden. Das innere Wesen des Faschismus ist zu umreißen, zu definieren, sei nicht möglich, das 3. Reich sei etwas Nebelhaftes. Was man gestern verlangt und vertreten habe, verleierte man heute oder erklärte es für belanglos. Nur eines dürfte als feststehend zu betrachten sein, der Faschismus bedeutet eine Gefahr für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands und er bedeutet eine erhöhte Gefahr für den Frieden. Wenn man das Wesen des Faschismus fassen will, muß man sein Vorbild, den italienischen Faschismus, dessen Entfaltung und Entwicklung studieren. Das Benito Mussolini, ursprünglicher Sozialdemokrat radikalster Fassung, seine erste faschistische Aktion damit auslösen, Italien zum Bündnisbruch und zum Krieg gegen Deutschland zu treiben, zu offenbaren der großen Zuneigung der deutschen Faschisten zu ihm nicht den geringsten Widerstand, so wenig wie sein späteres Streben, dem deutschen Südtirol mit allen Mitteln seiner diktatorischen Gewalt deutsche Kultur und Sprache auszutreiben. Dann blutiger Terror des neu aufgezogenen faschistischen Parteiapparates gegen die sozialistischen, durch innere Kämpfe (Radikale, Reformisten, Kommunisten) geschwächten Arbeiter unter weitgehender Duldung durch die bürgerliche Staatsmacht, und mit einem Programm, das das sozialistische durch seine Radikalismus weit in den Schatten stellt, schließlich „legale“ Erreichung der Staatsmacht und dann in allen Punkten des diametralen Gegenteil dieses radikalen Programmes. Beilegen aller demokratischen Ansätze und des Parlamentarismus, Verdrängung aller Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, heutige Verfassungen aller Andersdenkenden, bis zum völligen Wirt (Mussolini). Das ist heute das Ergebnis des faschistischen Regimes in Italien. Und sein Erfolg; allgemeine Verdrängung des Lebenshaltungs- und Kulturinhalte des italienischen Volkes, ohne es irgendwie von den Auswirkungen der Weltkrise zu schützen, ganz abgesehen davon, daß das faschistische Italien ein erheblicher Faktor der europäischen Kriegsgeschichte geworden ist infolge seiner unverwundbar imperialistischen Außenpolitik.

Und in Deutschland! Da wird die Dolchstoßlegende erunden, im traffen Gegensatz zu den geschichtlichen Tatsachen, da wird die Befestigung der Reparationsleistungen, der offene Bruch mit Frankreich mit den ehemaligen Kriegsgenossen, da wird die Aufrüstung Deutschlands gefordert, da werden radikale Forderungen aufgestellt und bei der ersten Probe aus Exempel verfallen, da wird in „nationalem Sozialismus“ gemacht und entwirrt sich nachher als natter Schusschid des Kapitalismus, da wird „Bredung der Zinsnechtigkeit“ und Beileitung des in Deutschland investierten Auslandskapitals durch Ausgabe von unversinklicher Staatsanleiheverreibungen als Umfassung vorgeschlagen, obgleich jeder Vernünftige weiß, daß derartige Verleihe unelastisch zur Inflation führen müssen, da wird versucht, keine unklaren und verschwommenen Ziele mit dem Mittel der Verleumdung und des Terrors durchzusetzen unter Ausnutzung des mandamental unerschöpflichen Vangmus der Staatsgewalt und weitestehender Nachsicht der Justiz. Da wird Kampf gegen den Marxismus gepredigt, und das ist wahrheitsgemäß das am ehesten gemeinte Element ihres Kampfes, denn die Nationalsozialisten sind heute weiter nichts als eine taum noch verblichene Schuttruppe des Unternehmertums, deshalb auch die weitestehende materielle Unterstützung von dieser Seite.

Die faschistische Gefahr ist groß, doch nicht unüberwindbar, Voraussetzung für die Überwindung ist der geschlossene Abwehrkampf durch die gesamte Arbeiterklasse. — Die mit klarer Logik aufgebauten und von rhetorischen Verbrämungen sich völlig freibehaltenen Ausführungen des Redners fanden eine aufmerksame Zuhörerhaftigkeit und lösten am Schluss starken Beifall aus.

In der Diskussion gab zunächst der Kommunist Weig einige der von ihm gemachten Bemerkungen von sich, während Gen. T. in der dem Wunsch vieler Versammlungsteilnehmer Ausdruck verlieh, einiges über die an der Heidelberg Universität wegen der Verleumdung des Referenten entfalteten Kämpfe zu hören. Professor Dr. Gumbel kam diesem Wunsch mit einigen knappen, von wirklich vornehmer Gesinnung zeugenden Ausführungen nach. Seine Person sei, so führte Redner aus, bei diesem Kampfe eigentlich nur Werkzeug, die eigentliche Ursache liege tiefer. Das Bürgerium, dessen

Schule eigentlich die Unwissenheit zu mindestens 95 Prozent sei, habe zwar seine Ideale, für die es früher kämpfte oder doch zu kämpfen vorgab, verlassen; und verfallte mehr und mehr dem Nationalismus. Aber sein bis jetzt in Anspruch genommenes „Recht“, alle Verwaltungsstellen im Staat, in Handel, Industrie, Justiz usw. mit seinem Nachwuchs zu besetzen, erzeuge ihm durch das Aufsteigen einiger aus der Arbeiterklasse in verschiedene politische Stellen gekommenen „Nichtadmirer“ droht, obgleich doch die Arbeiterklasse 90 Prozent des Volkes umfasse und mit Recht sich aktiv an der Staatsverwaltung zu beteiligen anfühle. Dies sei auf eine kurze Formel gebracht, die eigentliche innere Ursache der heutigen Rückwärtsentwicklung an den deutschen Universitäten.

Sport

fußball

M.S.V. Hagelsfeld I. — Kleinheubach I. 7:1 (2:0)

Am Samstagvormittag, erster Ferienfreitag, aber durchwichtige Spielstunde. Mit gemischter Stimmung ging man zum Sportplatz, denn einem Besserspieler auf dem Fußballplatz steht man schließlich skeptisch gegenüber. Doch man war angenehm überrascht, denn der Platz des M.S.V. war spielfähig und zudem wurde guter Sport geboten. Hagelsfeld präsentierte sich in neuer Aufstellung, die sich bewährte. Noch etwas mehr Verständnis im Sturm mit den Hilfgeläufen und die Durchschlagskraft erzielte eine weitere Steigerung. Kleinheubach hatte heute einen schwachen Tag. Minimal war die Leistung ihrer Aufstellung und der Verteidigung, während sich der Torwart hervorragend schlug und so eine weit höhere Niederlage verhinderte. Der Sturm ist nicht schlecht, hat aber keine Unterbrechung aus den hinteren Reihen und ist so zur Erfolglosigkeit verurteilt.

Gründlich beginnt das Spiel mit Anstoß von R. Derfelde wird von S. abgetreten, und in raschem Spiel geht S. vor, doch Hagelsfeld verbleibt in günstiger Stellung. Ein Vorstoß von R. wird durch Hand unterbrochen. Der wichtigste getretene Strafstoß geht über die Latzen. Flanz und überlegt spielt nun S. Eine Flanke von rechts verpasst Flanz zum 1. Tor. Wenige Minuten später erzielt Rechtsaußen mit Wombenschuß den 2. Erfolg. Trotz böigemem Tränen von Seiten Hagelsfelds werden bei diesem Stande die Seiten gewechselt.

Hatte Kleinheubach vor der Pause dauernd zu verteidigen, so wurde nun die Lage vollends ganz einseitig. Durch Elfmeter erzielt S. das 3. Tor und gleich darauf fann S. Mele den 4. Erfolg buchen. Nun reißt sich S. noch nochmals zusammen. Aus einem Strafstoß mit Nachschuß erlangt sie das Eigentor. Aber nun ist ihre Kraft zu Ende. Wohl verteidigen sie mit aller Macht, doch trotzdem erzielt S. durch Flankenspieler das 6. und mit einem überraschenden Weisprung stellt S. rechter Flügel das Endresultat her.

Das Vorspiel bestritten die 2. Mannschaften obiger Vereine, das Hagelsfeld mit 6 zu 0 für sich entscheiden konnte.

Fordach I. — Durmersheim I. 0:6

Zum ersten Bundesspiel hatte Fordach Durmersheim zu Gast. Gleich nach Beginn entwickelte sich von Seiten Durmersheim ein stilles Spiel und konnten auch bis zur Halbzeit zwei Tore erzielen. Fordach legte auch mächtig los, konnte aber infolge schwerer Schwäche nicht einmal den Schrittmacher erzielen, was Fordach wohl verdient hätte. Durmersheim konnte bis zum Schluß noch vier weitere Tore erzielen. Schiedsrichter aus Hagelsfeld sehr gut.

Fordach II. — Durmersheim II. 4:2

Handball

Schulsporl Karlsruher — Gröningen 9:3

Gröningen hatte auf sehrigen Sonntag abige Mannschaft verpflichtet. Gröningen spielten am Anfang sehr schlecht, wodurch Karlsruher keine Tore erzielen. Erst am Schluß kam Gr. ein wenig auf, so daß sie noch drei Tore aufholen konnten. Die beiden Mannschaften, welche vorher spielten, erzielten ein 2:1-Resultat zugunsten Karlsruher.

(Ausnahmeweise, weil verlebene Umstände eine Veröffentlichung in der Sportbeilage nicht ermöglichen, bringen wir diese Berichte außerhalb der Sportbeilage. Wir erlauben jedoch dringend, die Sportberichte so früh einzufahren, daß sie noch in der Montag-Beilage Aufnahme finden können. Die Heb.)

Aus dem Gerichtssaal

Beleidigte Offiziere

Donauwechinger. Vor dem erweiterten Schöffengericht Konstanz fand im Amtsgericht Donauwechinger ein Beleidigungsprozess gegen den katholischen Bischof Joseph Hübner, früher Bischof in Donauwechinger, jetzt Kaplanleutnant in Kirchhofen bei Freiburg statt. Gegen den Angeklagten war von Seiten des Reichswehrministeriums als Hauptkläger sowie von verschiedenen Offiziersorganisationen des Deutschen Offiziersbundes in Donauwechinger, Karlsruhe und Konstanz Strafantrag gestellt worden, weil er behauptet habe, die deutschen Offiziere im Krieg seien die größten Beleidigten gewesen und es seien nur Leute Offiziere geworden, die zu dumme oder zu faul gewesen seien, um einen anderen Beruf zu erlernen. Das Gericht erkannte entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der 300 M Geldstrafe beantragt hatte, auf 10 M Geldstrafe bzw. fünf Tage Haft und Erlegung der Kosten, wobei ihm das Gericht subidierte, daß er nicht aus niedrigen Motiven handelt habe. Die dem Angeklagten zur Last gelegten Behauptungen sollen im Frühjahr 1930 während eines Religionsunterrichtes in Donauwechinger gefallen sein.

Der Angeklagte bestritt, die ihm unterstellten Behauptungen in dem Sinne getan zu haben, wie ihm vorgeworfen wurde. Er habe als überzeugter Pazifist aus einer katholischen patriotischen Zeitschrift Stellen verlesen, in denen die angeblichen deutschen Kriegsgreuel in Belgien behandelt worden seien. Er habe dabei angebliche Kriegsgreuel die Deutung gegeben, daß auch heute noch Christenverfolgungen stattfänden. Nach der Anklageschrift soll der Angeklagte behauptet haben, Offiziere protestantischer preussischer Regimenter seien gegen die Erziehung katholischer Geistlicher in Belgien nicht eingeschritten. Er habe lediglich auf die Führer rechtspolitischer Organisationen hingewiesen, die heute die katholische Jugend zum Eintritt in diese Organisationen zu gewinnen suchten, und er habe die katholische Jugend davor warnen wollen. Die ehemaligen Offiziere hätten kein Recht, den heutigen Staatsmännern Verrat vorzuwerfen, zumal sie doch selbst a. B. in Karlsruhe sich nicht schüßend vor den Großherzog von Baden gestellt hätten. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Zeugen ihre früheren Aussagen nicht mehr in vollem Umfang aufrecht erhalten konnten. Die Verurteilung desl. der Offiziere in Karlsruhe gab der Angeklagte im wesentlichen zu, er habe damit aber nur die Führer rechtspolitischer Organisationen gemeint.

Veranstaltungen

Dienstag, 24. Februar: Badisches Landesbühnen: Bar und Zimmermann. 20 Uhr. Colosseum-Theater: Margerite Eleas in „Bismarck Ede“. 20 Uhr. Badische Volksspiele: Maneg. 20.30 Uhr. Gloria-Bühne: Extreme über dem Montblanc. Volks-Spieltheater: Der Sieberberg (Hans Biedte). Volks-Spieltheater: In Wien hab' ich einmal ein Mädel geliebt. (Grete Zechner, Werner Kitzner). Schauburg: Extreme über dem Montblanc. Union-Theater: Der Herrgottshändler von Oberammergau. Vier Jahreszeiten: Klavierabend Maria Herber. 20 Uhr. Musik: Volkshochschule: Grundlagen der verantwortlichen Wirtschaftspraxis im Museum. 20 Uhr. Gledredakteur: Georg Schöpfung Verantwortlich: Volitt, Prentner Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Regie Nachrichten: S. Granebaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Württemberg, Durlach, Gerichtswesen, Feuilleton. Die Welt der Frau: Hermann Wintz, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendwerk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef G. G. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: G. u. J. in's. Redaktion: Badische Wochenschrift in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

